



## DER AUTOR



**Prof. Dr. Thomas Straubhaar**

*Direktor des HWWI*

*Prof. Dr. Thomas Straubhaar ist Universitätsprofessor für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik, an der Universität Hamburg. 1998 wurde er Direktor des Instituts für Integrationsforschung des Europa-Kolleg Hamburg. Seit 2005 ist er Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI).*

*Seine Forschungsschwerpunkte sind: Internationale Wirtschaftsbeziehungen, Ordnungspolitik, Bildungs- und Bevölkerungsökonomie.*

## EINKOMMEN

### Gegen Armut helfen keine Mindestlöhne

Unbeschadet der aktuellen Debatte über Armut in Deutschland steht eines unzweifelhaft fest: Der deutsche Wohlfahrtsstaat verdient ein hervorragendes Zeugnis. Deutschland gehört zu den OECD-Staaten, in denen die Ungleichheit der Markteinkommen durch eine Besteuerung der Leistungsfähigen und eine staatliche Unterstützung der Bedürftigen am stärksten korrigiert wird. Sozialpolitische Maßnahmen vermögen das Armutsrisiko in Deutschland wirkungsvoll zu reduzieren. Gerade die in diesem Jahr auf Rekordstand steigenden Beschäftigungszahlen tun ein Übriges dafür, dass das größte Armutsrisiko, die Arbeitslosigkeit, für die meisten Menschen heutzutage geringer geworden ist als in den letzten fünfzehn Jahren und somit vielleicht sogar geringer ist als jemals zuvor im wiedervereinigten Deutschland.

Zwar trifft zu, dass sich die Schere der Markteinkommen seit Mitte der 1990er weiter geöffnet hat. Der Sozialstaat vermag jedoch die wachsende Einkommenskluft auszugleichen. Wie neue Ergebnisse des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zeigen, hat sich der Unterschied in den Nettoeinkommen zwischen reichen und armen Haushalten in den letzten Jahren kaum verändert. Dass sich die Einkommensschere geöffnet hat und in Zukunft weiter öffnen wird, ist weder eine Überraschung noch eine Bedrohung des Sozialstaates. **Im Gegenteil: wenn der Strukturwandel wirkt und Volkswirtschaften sich dynamisch verändern, zeigt sich zwangsläufig die unterschiedliche Anpassungsfähigkeit einzelner Menschen.** Wenn alle im Stau stehen, spielt die Leistungsfähigkeit der einzelnen Autos keine Rolle. Sobald die Straße wieder eine freie Fahrt erlaubt, werden die Sportwagen schneller

vorankommen als die kleinen Elektromobile. Genauso reagieren leistungsbereite Menschen rascher auf den Strukturwandel als ihre weniger anpassungsfähigen Kollegen.

**Die von Mensch zu Mensch ungleiche Anpassungsfähigkeit wird zu einem weiteren Auseinanderklaffen der Einkommensschere führen. Diese Entwicklung durch Eingriffe in die Lohnfindung korrigieren zu wollen, beispielsweise durch Mindestlöhne für Geringqualifizierte oder durch Höchstlöhne für Manager, ist der völlig falsche Weg.** Die Arbeitsmarktpolitik sollte einzig darauf ausgerichtet sein, die individuelle Anpassungsfähigkeit aller zu verbessern. Sie soll für einen offenen und durchlässigen Arbeitsmarkt sorgen und dafür, dass sich alle entsprechend ihrer unterschiedlichen Leistungsfähigkeit einbringen können. Eine sich weiter öffnende Einkommensschere ist kein Unglück, sondern eine Folge eines stärkeren Wachstums und damit eine Notwendigkeit für mehr Wohlstand für alle, also auch für die Schwächeren der Gesellschaft. **Der Sozialstaat soll die Nettoeinkommen und nicht die Markteinkommen im Fokus haben. Es geht um Mindesteinkommen, nicht um Mindestlöhne.** Mindestlöhne lösen keine Armutsprobleme. Sie zerstören Beschäftigungschancen – ganz besonders jene der weniger Qualifizierten und schwächen damit die stärkste Waffe gegen Armut. Weder verringern Mindestlöhne das Armutsrisiko, noch sind sie für eine Grundsicherung erforderlich. Ein kluges Steuer-Transfer-System, beispielsweise in Form eines Grundeinkommens oder eines Solidarischen Bürgergeldes, ist eindeutig besser geeignet, Armut in Deutschland zu verhindern als jeder zwar gut gemeinte, aber schlecht wirkende Eingriff in das freie Spiel der Lohnfindung.

*Dieser Beitrag ist am 3. Juli 2008 im „Rheinischen Merkur“, Nr. 27, erschienen.*